

■ Der Rote Hilfe e.V. ist es wichtig, männlich oder binär dominierte gesellschaftliche Verhältnisse in ihren Publikationen nicht sprachlich zu reproduzieren. Deshalb bittet das Redaktionskollektiv der *RHZ* alle Autor_innen darum, in ihren Beiträgen Gender-Gap oder Gender-Sternchen zu nutzen. Sofern im Heft Beiträge abgedruckt sind, bei denen dies nicht der Fall ist, liegt das in einer ausdrücklichen Entscheidung der Autor_innen begründet oder daran, dass bspw. ein historischer Text nachgedruckt wird. In beiden Fällen möchte das Redaktionskollektiv nicht durch eigenhändiges Gendern ein Bewusstsein vorspiegeln, dass bei den Autor_innen beim Verfassen des Beitrags – aus welchen Gründen auch immer – tatsächlich nicht vorhanden war.



WER IST DIE ROTE HILFE?

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z.B. das Eintreten für die Ziele der ArbeiterInnenbewegung, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische oder gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe den von der Reaktion politisch Verfolgten in allen Ländern der Erde.

Aus der Satzung

► **Fingerprint zur Prüfung von PGP-Schlüsseln der Roten Hilfe e.V.:**
3217 EC6F AA70 7697 F262
BD69 8B1A 19B5 9042 69F8

EDITORIAL

IN EIGENER SACHE

04 Geld her!
07 100 Jahre Rote-Hilfe-Komitees

REPRESSION

10 Exempel statuiert – Bericht zum „Jamnitzer-Prozess“ in Nürnberg
13 Weg mit dem §114 – Unabhängige Untersuchungsinstanz durchsetzen!
15 Gehemmte Prioritäten – Rondenberg als justizieller Paradigmenwechsel
17 „Eine ‚redaktionelle Änderung‘ entscheidet, ob wir pleitegehen“ –
Gespräch mit der VVN-BdA Bundesvorsitzenden Cornelia Kert
20 „Angriff auf die Demokratie“ – Proteste gegen Amazon

UNION BUSTING

22 Alle Macht den Räten? – Betriebsratswahlen 2022

SCHWERPUNKT

24 Racial Profiling abschaffen
26 Nur zusammen! – Migrantifa Berlin
29 Nach unten treten – Rassistische Repression in Göttingen
31 7. November 2020 – Rassistische Polizeigewalt
33 „Welcome to Germany“ – Repressionsinstrument Abschiebehaft
36 Abschiebeknast Langenhagen
38 Death in Custody – Recherche zu Tod in Gewahrsam in der BRD
40 „dann hau‘ ich schneller zu“ – KviAPol Zwischenbericht

RECHT UND UNORDNUNG

42 Ungebührliches Verhalten – Politische Interventionen im Gerichtssaal

REPRESSION INTERNATIONAL

44 Untragbares Gerichtsurteil – ... nach Brand im Lager Moria
45 Repression in Griechenland – Interview mit Soligruppe

AZADI

48 Azadi – Informationen des Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden

AUS ROTER VORZEIT

51 „Selbst Arbeitslose mit kleinen Kindern nahmen Flüchtlinge auf“ –
Rote Hilfe Saar 1933/1934

REZENSION

54 Staatsschutz, Treuepflicht, Berufsverbot – (K)ein vergessenes Kapitel

DEBATTE

56 Kein Mensch muss Bulle sein – Die ACAB-Debatte wiederholt sich
58 ACAB – Eine Fortsetzung ...



Die Rote Hilfe im Saargebiet 1933/1934

Silke Makowski (Hans-Litten-Archiv)

Vor 1933 spielte der kleine Bezirk Saargebiet eher eine Nebenrolle in der Roten Hilfe Deutschlands (RHD). In dieser spät industrialisierten und katholisch geprägten Bergbauregion war die ArbeiterInnenbewegung erst verzögert entstanden, und zudem prägten nationalistische Töne die politische Debatte, seit das Saarland gemäß des Versailler Friedensvertrags unter Völkerbundmandat mit französischer Führung gestellt worden war. Da auch die SPD erst im 20. Jahrhundert Fuß gefasst hatte und die gewaltige Zahl der Arbeitslosen eher mit den KommunistInnen sympathisierte, erlebte die KPD einen enormen Aufschwung und stellte ab 1928 die zweitstärkste Fraktion im Landesrat, übertroffen nur von der katholischen Zentrumsparterie.

■ Hingegen war die Rote Hilfe unter Leitung von Johann Hey aus Dudweiler zwar zunächst stark, konnte vom kommunistischen Höhenflug Anfang der 1930er Jahre aber nur in Teilen profitieren: Zählte sie 1925 stattliche 56 Ortsgruppen mit 1890 Mitgliedern (und damit fast das Doppelte der damals kleinen KPD), war sie 1928 auf 1385 BeitragszahlerInnen in 30 Basisstrukturen geschrumpft. Erst nach einem massiven Anstieg im Jahr 1931 verzeichnete das Saargebiet im Frühjahr 1932 seine Bestwerte mit 2496 Roten HelferInnen in 65 Ortsgruppen, erlitt aber danach wieder rapide Rückgänge und war deutlich kleiner als die KPD, die im Januar 1933 ihren kurzzeitigen Höhepunkt mit 5810 Mitgliedern erreichte. Trotz ihrer überschaubaren

Größe zeichnete sich die RHD Saargebiet als vorbildlich aus, indem sie außer einer beträchtlichen Anzahl von Parteilosens auffallend viele Frauen gewinnen konnte:



Im März 1932 lag der Anteil weiblicher Mitglieder bei über 51 Prozent – ein absoluter Spitzenwert, denn der reichsweite Durchschnitt betrug knapp 27 Prozent.¹

Mit der Machtübertragung an die Nazis am 30. Januar 1933 änderte sich die Situation schlagartig, als das Saarland zum letzten noch legal arbeitenden RHD-Bezirk und damit zu einem zentralen Aktionsfeld wurde. Innerhalb weniger Wochen trafen tausende geflüchtete AntifaschistInnen ein, die von den Roten HelferInnen mit Essen, Kleidung und Schlafplätzen versorgt werden mussten. Zudem erlangten die hier frei erhältlichen Zeitungen und vor allem die Druckmöglichkeiten plötzlich große Bedeutung, wodurch sich das Gebiet zu einer Drehscheibe des illegalen Literaturvertriebs entwickelte. Vom relativ sicheren Saarland aus konnten auch die verfolgten RHD-Zellen in den angrenzenden Regionen neu organisiert und unterstützt werden.

Allerdings gewannen die zuvor recht schwachen Nazis ab Januar 1933 an Stärke, und der Zusammenschluss der NSDAP mit den bürgerlichen Parteien zur „Deutschen Front“ verschlechterte die Handlungsspielräume und den Einfluss der ArbeiterInnenbewegung. Bald nahm der faschistische Straßenterror zu, der

¹ Paul S. 344, StAB 4,65 – 482 und 484.

sich auch gegen EmigrantInnen und die RHD wandte, und die Repressionsorgane sympathisierten immer offener mit den Nazis, was sich in der Kriminalisierung lokaler KommunistInnen, aber auch in Razzien und Abschiebungen von Geflüchteten äußerte.

Schon früh richtete die KPD eine Grenzstelle in Saarbrücken (später in Saarlouis) ein, um die Widerstandsgruppen in Hessen-Frankfurt, Nordbaden und der Pfalz zu unterstützen und mit Druckschriften zu versorgen, und das RHD-Büro übernahm ähnliche Funktionen. Eine weitere wichtige Aufgabe war die Überprüfung der vielen EmigrantInnen, die sowohl wegen der begrenzten Kapazitäten der Roten Hilfe als auch wegen der berechtigten Angst vor Gestapo-Spitzeln nötig wurde. Die bereits im März 1933 gegründete Emi-Kommission, eine zentrale Schnittstelle in der Zusammenarbeit von KPD und RHD, befragte die Neuankömmlinge über ihre bisherige politische Tätigkeit und ließ die Angaben von vertrauenswürdigen Dritten bestätigen – eine äußerst unangenehme Situation, wie der Bochumer Robert Schreiber festhielt: „Die waren sehr misstrauisch und stellten viele Fragen, denn die wußten ja nicht, ob wir wirklich Genossen waren. Anfangs glaubten alle, wir wären Nazis. Bis uns dann schließlich ein Dortmunder Genosse, der Willi Engel, erkannte und auch half, indem er sagte: Jawohl, das sind zwei Genossen aus meiner Heimat“ (zit. nach Wegweiser S. 11).

Die anschließende materielle Versorgung übernahm die Rote Hilfe, in deren Burbacher Büro die Emi-Leitung ab Sommer 1933 ansässig war. Zudem wurden die Geflüchteten weiterhin in die politische Arbeit integriert, indem sie sich zu Sitzungen trafen, Zeitungen verkauften, Spenden sammelten oder bei Versammlungen über den NS-Terror berichteten. Daneben unterhielt die SPD in der Arbeiterwohlfahrt Saarbrücken eine

Anlaufstelle speziell für sozialdemokratische EmigrantInnen, wobei diese Einrichtung in engem Austausch mit der RHD stand. Dass die parteienübergreifende Zusammenarbeit so leicht möglich war, lag nicht zuletzt an der antifaschistischen Entschlossenheit der Saar-SPD, die deshalb heftige Differenzen mit dem SPD-Gesamtvorstand hatte.

Trotz der breiten Solidarität waren die Möglichkeiten in der verarmten Region sehr gering, und sowohl die ExilantInnen als auch ihre GastgeberInnen lebten in größter Not. „Selbst Arbeitslose mit kleinen Kindern nahmen Flüchtlinge auf“, erinnerte sich die RHD-Funktionärin Lore Wolf, die im Herbst 1934 über die Grenze kam: „Jeder Bissen würgte mich im Halse. Oft ging ich nicht heim, sondern hungerte lieber, als daß ich den Kindern etwas wegnahm“ (Wolf S. 56).

Zusätzlich zur privaten Unterbringung richteten die Rote Hilfe und befreundete Organisationen EmigrantInnenheime ein. So mietete die Liga für Menschenrechte das frühere Schlafhaus der Grube Von der Heydt mit 60 Betten in Dudweiler an und gab allein vom 20. April bis 15. Mai 1933 insgesamt 1675 kostenlose Mahlzeiten aus. In Wiebelskirchen unterhielt die RHD ein Wohnheim, in dem der Großteil der im Ort lebenden rund 100 Geflüchteten unterkam, und im benachbarten Neunkirchen bot das Volkshaus 150 GenossInnen Obdach. Sie wurden von der Suppenküche der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH) versorgt, die im Lokal Rammacher in Neunkirchen tätig war. Ohnehin stellten viele solidarische Gaststätten ihre Küchen und Pensionszimmer dauerhaft den von der Roten Hilfe Betreuten zur Verfügung, beispielsweise die Wirtschaft des Kommunisten Philipp Hey, des Bruders des RHD-Bezirksleiters, in der 35 ExilantInnen wohnten. Die Kollektivunterkünfte waren auch Orte politischer Bildung: Im größten der drei EmigrantInnenheime in Sulzbach wurden Schulungen in konspirativer Arbeit abgehalten. Außerdem führte das KPD-Reichstechnikum mehrtägige Kurse durch, zunächst ab 27. November 1933 im KPD-Touristenheim Dudweiler. Die Folgeveranstaltungen wurden aus Sicher-

heitsgründen in die Saarbrücker Arbeiterwohlfahrt verlegt.²

Um das völlig überforderte Unterstützungswesen zu entlasten, wurde denjenigen, die nicht wegen schwerer Vorwürfe gesucht wurden, die Rückkehr ins Reichsgebiet nahegelegt. Damit sollte zugleich der antifaschistische Wider-



DIE EINHEITSFRONT DER SOLIDARITÄT MARSCHIERT

Ein gemeinsamer Aufruf der R.H.D., der SPD, und des Roten Schutzbundes, Brigade Karl Liebknecht im Bezirk Süd- und Mittelbaden

Der Offener Brief der Roten Hilfe Deutschlands an den Zentral-Vorstand der SPD in Prag, der am 17. Februar 1933 veröffentlicht wurde, ist ein Dokument, das die Beziehungen zwischen der R.H.D. und der SPD in der ersten Hälfte des Jahres 1933 darstellt. Der Brief ist ein Aufruf zur Solidarität zwischen den verschiedenen Gruppen der Arbeiterbewegung in Deutschland. Er fordert die SPD auf, die Zusammenarbeit mit der R.H.D. zu intensivieren und die gemeinsamen Ziele der Arbeiterbewegung zu verfolgen. Der Brief ist ein Dokument, das die Beziehungen zwischen der R.H.D. und der SPD in der ersten Hälfte des Jahres 1933 darstellt. Der Brief ist ein Aufruf zur Solidarität zwischen den verschiedenen Gruppen der Arbeiterbewegung in Deutschland. Er fordert die SPD auf, die Zusammenarbeit mit der R.H.D. zu intensivieren und die gemeinsamen Ziele der Arbeiterbewegung zu verfolgen.



Am 3. März 1933 führt eine große Kundgebung der R.H.D. in dem Ernst Thälmann, der Führer der deutschen Antifaschisten, vorführt. Die Kundgebung wird von der R.H.D. organisiert und durchgeführt. Die R.H.D. ist eine Organisation, die sich für die Rechte der Arbeiter und die Bekämpfung des Faschismus einsetzt. Die Kundgebung ist ein Beispiel für die Solidarität zwischen den verschiedenen Gruppen der Arbeiterbewegung in Deutschland.

heit gestärkt werden, der durch Flucht und Verhaftungen extrem ausgedünnt war. Die illegalen Gruppen hatten auch entsprechende Schritte eingefordert, darunter die RHD-Bezirksleitung Ruhr im Juli 1933: „Hier sollte die Organisation einen stärkeren Druck ausüben, damit die Genossen gezwungen werden, in Deutschland eine revolutionäre Arbeit zu leisten“ (zit. n. Herlemann S. 53), und viele überzeugte KommunistInnen nahmen das Risiko bereitwillig auf sich und gingen mit politischen Aufgaben zurück.

Daneben engagierte sich die Saar-RHD intensiv in der Unterstützung der verfolgten Solidaritätsstrukturen im Reichsgebiet. Vor allem Frauen übernahmen heikle Aufträge und schafften als Kurierinnen Material und Geld über die

Grenze, beispielsweise Emma Jacob aus Völklingen, Maria Pink aus Neunkirchen, die für die RHD nach Frankfurt reiste, und Anna Becker aus Oberthal, die Pakete über die Grenze schmuggelte.³

Ebenfalls große Bedeutung hatte die weiterhin legale Druckschriftenproduktion. Die KPD und befreundete Organisationen waren verzweifelt auf der Suche nach Vervielfältigungsmöglichkeiten, weshalb die parteieigene Saar-Nahe-Druckerei eine neue Maschine anschaffte, die auch für Dünndruckpapier geeignet war. In der Folge wurden hier zahllose Periodika, Hefte sowie Tarnbroschüren mit unverfänglichem Umschlag produziert, die an andere Grenzstellen weiterverteilt und reichsweit vertrieben wurden. Auch das Rote-Hilfe-Zentralorgan *Tribunal* wurde zeitweise in Saarbrücken gedruckt, während der RHD-eigene MOPR-Verlag, der vor allem Broschüren herausbrachte, seit Frühjahr 1933 seinen Sitz in Zürich hatte.

Ein Teil der Druckschriften ging direkt über die Grenze, und verschiedene Schmuggellinien versorgten die Pfalz, Großstädte wie Mannheim und Frankfurt und teilweise sogar Berlin mit Material. Anfang 1934 übernahm Paul Eisenschneider die Leitung des Literaturvertriebsnetzes, das von allen KPD-nahen Strukturen gemeinsam organisiert wurde.

Allerdings häuften sich bald die Verhaftungen, und auf allen Routen wurden zentnerweise Zeitungen beschlagnahmt, nicht selten auch RHD-Schriften. Bereits im Januar 1934 wurde in Idar-Oberstein der Kurier Wilhelm Land festgenommen, der eine größere Lieferung nach Berlin bringen sollte: „Die Oeffnung mit dem in seinem Besitz befindlichen Schlüssel ergab, dass der Koffer bis oben hin mit der im Saargebiet herausgegebenen Zeitschrift ‚Tribunal‘ gefüllt war“ (Anklage gegen P. Eisenschneider u. a. S. 12, StA LU 58 Slu), und die einsetzende Repressionswelle fügte dem lokalen Widerstand und dem überregionalen Literaturvertrieb schweren Schaden zu. Wenige Wochen später fielen zweimal Rote HelferInnen der Gestapo in die Hände, als sie die im

2 vgl. Wegweiser S. 10f, 34, 65 und 82f.

3 vgl. Mallmann S. 104f, Bies S. 90 und Wegweiser S. 171.



Trierer Bahnhof deponierten Koffer mit *Tribunal* abzuholen versuchten, und die örtliche RHD wurde durch die anschließenden Verhaftungen fast zerschlagen. Erst im Sommer 1934 konnte die Saar-KPD den Spitzel Friedrich Wolff entlarven, der sich in die Parteistrukturen eingeschlichen und ab Ende 1933 für die Gestapo als Informant gearbeitet hatte, und nach umfangreichen Sicherheitsvorkehrungen konnte der Zeitungsschmuggel fortgesetzt werden.⁴

Immer wieder kamen auch einzelne WiderstandskämpferInnen aus den Nachbarbezirken für heimliche Kurzaufenthalte über die Grenze, um antifaschistische Zeitungen zu besorgen, abgerissene Kontakte neu zu knüpfen oder an politischen Kundgebungen teilzunehmen. Gerade FunktionärInnen reisten für Sitzungen an, bei denen die Tätigkeit der antifaschistischen Gruppen im Reichsgebiet ausgewertet und Probleme besprochen wurden. Einige nahmen sogar an Schulungen teil, da viele der illegal Aktiven wenig organisatorische Erfahrung hatten und recht plötzlich mit zentralen Aufgaben betraut wurden wie Hermann Fischer, der nach seiner Aufnahme in die RHD-Bezirksleitung Hessen-Frankfurt im Mai 1934 einen mehrwöchigen Kurs in Saarbrücken besuchte.

Wenige Monate später fand hier ein Krisentreffen der Solidaritätsorganisation statt, als der Gestapospitzel „Rudi“ enttarnt werden konnte, der als RHD-Instrukteur Hessen-Frankfurt und Baden-Pfalz betreut hatte. Im Saarland trafen sich im August 1934 VertreterInnen der beiden betroffenen Rote-Hilfe-Bezirksleitungen mit Willi Koska von der RHD-Auslandsleitung und besprachen konkrete Schritte, um den Schaden zu begrenzen. Trotz der Umstrukturierungsversuche wurden in Frankfurt zahllose AktivistInnen verhaftet, und Lore Wolf konnte als einziges Mitglied der Bezirksleitung im Oktober 1934 zurück nach Saarbrücken flüchten, wo sie im Büro der Roten Hilfe mitarbeitete.

Neben der EmigrantInnenhilfe und dem Literaturvertrieb setzte die kleine Solidaritätsstruktur auch andere Pro-

jekte um. So spielte sie bei der Freilassungskampagne für den inhaftierten KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann im Frühjahr 1934 eine Schlüsselrolle, als sie am 19. Mai 1934 die dreiköpfige Saar-Delegation zu ihm durchsetzte und dadurch seine katastrophalen Haftbedingungen und Misshandlungen weltweit bekannt machte. Für diesen Zeitraum setzte sich die RHD ambitionierte Werbeziele für den Bezirk, indem sie laut einem Gestapobericht „1500 neue Mitglieder gewinnen, 34 neue Ortsgruppen gründen, 8 Betriebsgruppen bilden, 11 Verteidigungskomitees schaffen und 2150 Broschüren verkaufen“ (zit. n. Wegweiser S. 12) wollte.

Ein weiterer Schwerpunkt ergab sich im Sommer 1934: Nach 15 Jahren unter Völkerbundmandat wurde für Januar 1935 die Abstimmung über die künftige Zugehörigkeit der Region angesetzt, bei der außer der Beibehaltung der aktuellen Lösung die Angliederung an Frankreich oder an Deutschland zur Wahl standen. In der antifaschistischen Bewegung für den Status Quo kam es zum Schulterchluss von KPD und SPD sowie zur Zusammenarbeit mit den wenigen katholischen Oppositionellen. An diesen parteienübergreifenden Aktivitäten beteiligte sich auch die RHD, doch zugleich mussten angesichts der Bevölkerungsmehrheit, die der „Heim ins Reich“-Kampagne der Nazis folgte, bereits Überlegungen für die Zukunft angestellt werden. In einem Bericht von Mitte Januar 1935 lobte der RHD-Zentralvorstand das Saargebiet zwar für die beeindruckende vorweihnachtliche Paketaktion für KZ-Häftlinge, mahnte aber bessere Vorbereitungen für die drohende Illegalität an, die sich die Roten HelferInnen nicht ausreichend bewusst machten.⁵

Die Abstimmung am 13. Januar 1935, bei der über 90 Prozent der SaarländerInnen für den Anschluss an NS-Deutschland votierten, war eine erschreckende Niederlage, und die Angriffe der lokalen Nazis auf AntifaschistInnen wurden noch brutaler, beispielsweise gegen die RHD-Aktivistin Magdalena Hell: In der Nacht zum 19. Januar 1935 versammelte

sich eine große Gruppe Nazis vor ihrem Haus, bewarfen es mit Steinen, versuchten einzubrechen und riefen „Rote komm heraus, oder wir holen dich“ (Wegweiser S. 103), weshalb Hell wenig später emigrierte.

Die Rote Hilfe verlagerte ihre Grenzstelle ins französische Forbach, und vor dem Einmarsch der Nazis am 1. März 1935 wurde in letzter Minute das Saarbrücker Büro geräumt, in dem sich noch heikle Unterlagen wie Namenslisten befanden. „Um niemanden zu gefährden, brachen ein Genosse und ich nachts das Türschloß auf und verbrannten alles Belastungsmaterial“ (Wolf S. 59), berichtete Lore Wolf. Während viele bekannte Rote HelferInnen nach Frankreich flohen, blieben die weniger Gefährdeten zurück und begannen, die illegale Solidaritätsarbeit aufzubauen. ❖

Literatur:

- ▶ Luitwin Bies/Horst Bernard (Hg.), Saarländerinnen gegen die Nazis, Saarbrücken 2004
- ▶ Beatrix Herlemann, Die Emigration als Kampfposten, Königstein/Taunus 1982
- ▶ Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstands und der Verfolgung 1933-1945, Bd. 4: Saarland, Köln 1990
- ▶ Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul, Das zersplitterte Nein, Bonn 1989
- ▶ Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann, Milieus und Widerstand, Bonn 1995
- ▶ Lore Wolf, Ein Leben ist viel zu wenig, Berlin 1973

4 vgl. Herlemann S. 60ff.

5 vgl. SAPMO RY I 4/4/27 Bl. 123.